
FDP Butzbach

FDP BUTZBACH INFORMIERTE SICH ÜBER DIE SITUATION IN EBERSGÖNS

09.09.2025

Butzbach-Ebersgöns, 09.09.2025 – Die FDP Butzbach hat ihre Mitgliederversammlung im Bürgerhaus Ebersgöns abgehalten und nutzte die Gelegenheit, sich vor Ort über die aktuellen Herausforderungen des Stadtteils zu informieren.

„Uns war wichtig, die Sorgen und Anliegen der Menschen in Ebersgöns direkt vor Ort zu hören. Nur wer zuhört, kann auch konstruktiv mitarbeiten“, so der FDP-Ortsverbandsvorsitzende Matthias Dubowy.

Im Mittelpunkt standen die seit Jahrzehnten bestehenden Probleme der Infrastruktur. Vertreter des Ortsbeirats berichteten von erheblichen Investitionsstaus bei öffentlichen Gebäuden: die alte Feuerwehr, der Kindergarten, die alte Schule sowie die TSV-Turnhalle sind in einem kritischen Zustand. Lediglich das Backhaus wurde vor einigen Jahren saniert. Auch die verkehrliche Anbindung und die Bedürfnisse der lokalen Vereine waren Thema.

Der Ortsbeirat erläuterte seine Prioritätenreihenfolge: Neubau der Feuerwehr mit Planungsbeginn 2025, anschließend Lösungen für den Kindergarten sowie für die Turnhalle. Parallel läuft das vom Land Hessen geförderte Dorferneuerungsprogramm, das mit professioneller Moderation und Bürgerbeteiligung konkrete Perspektiven für Ebersgöns entwickeln soll.

In der Diskussion wurde auch auf die Herausforderungen bei der Finanzierung, die schwierige Zuschusslage sowie die hohen Baukosten eingegangen. Kritik gab es an komplexen Vergabeverfahren und an begrenzten Kapazitäten in der Verwaltung.

„Die Probleme sind seit Jahren bekannt – Feuerwehr, Kindergarten und Turnhalle brauchen dringend Lösungen. Wir hoffen, dass durch das Dorferneuerungsprogramm und

die Unterstützung der Politik Bewegung in die Sache kommt,“ so Hermann Holzfuß, der den Vorsitz im Leitungskreis des Dorferneuerungsprogramms innehat.

Die FDP-Mitglieder nahmen viele Eindrücke und Anregungen aus Ebersgöns mit. Ziel sei es, die gewonnenen Informationen in die weitere politische Arbeit einfließen zu lassen und im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern zu bleiben.